EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

EUROSYSTEM

# PRESSEKONFERENZ

# AM 3. FEBRUAR 2011

# EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung informieren.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse bestätigt der EZB-Rat, dass die derzeitigen **Leitzinsen der EZB** immer noch angemessen sind. Er hat daher beschlossen, sie unverändert zu belassen. Unter Berücksichtigung aller neuen Informationen und Analysen, die seit unserer Sitzung vom 13. Januar 2011 verfügbar geworden sind, sehen wir nach wie vor Belege für einen kurzfristigen Aufwärtsdruck auf die Gesamtinflation, der in erster Linie auf die Energie- und Rohstoffpreise zurückzuführen ist. Unsere Einschätzung, dass sich die Preise über die geldpolitisch relevante Frist weiterhin im Einklang mit Preisstabilität entwickeln werden, bleibt hiervon bislang unberührt. Gleichwohl ist eine sehr genaue Beobachtung der Entwicklung geboten. Die jüngsten Wirtschaftsdaten bestätigen, dass die konjunkturelle Grunddynamik im Euro-Währungsgebiet positiv ist, wenngleich weiterhin erhöhte Unsicherheit herrscht. Unsere monetäre Analyse deutet darauf hin, dass der Inflationsdruck mittel- bis langfristig begrenzt bleiben dürfte. Die Inflationserwartungen sind nach wie vor fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Die nach wie vor feste Verankerung der Inflationserwartungen ist von zentraler Bedeutung.

Insgesamt gehen wir davon aus, dass die Preisstabilität auf mittlere Sicht gewährleistet bleibt; der derzeitige geldpolitische Kurs ist nach wie vor akkommodierend. Der geldpolitische Kurs, die Liquiditätsversorgung und die Zuteilungsart werden gegebenenfalls angepasst, wobei der Tatsache Rechnung getragen wird, dass alle während der akuten Finanzmarktspannungen ergriffenen Son-

Übersetzung: Deutsche Bundesbank

dermaßnahmen entsprechend ihrer Ausgestaltung vorübergehender Natur sind. Dementsprechend wird der EZB-Rat auch in nächster Zeit alle Entwicklungen sehr genau verfolgen.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Nachdem das reale BIP des Euro-Währungsgebiets im dritten Vierteljahr 2010 um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen war, bestätigen die in jüngster Zeit veröffentlichten statistischen Daten und Umfrageergebnisse für das vierte Quartal 2010 und den Beginn des laufenden Jahres weiterhin, dass die konjunkturelle Grunddynamik im Euroraum positiv ist. Mit Blick auf die Zukunft dürften die Exporte des Eurogebiets von der anhaltenden weltwirtschaftlichen Erholung profitieren. Zugleich dürfte die Inlandsnachfrage des privaten Sektors unter Berücksichtigung des relativ hohen Unternehmervertrauens im Euroraum und gestützt durch den akkommodierenden geldpolitischen Kurs sowie die zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Finanzsystems ergriffenen Maßnahmen zunehmend zum Wachstum beitragen. Allerdings wird erwartet, dass die konjunkturelle Erholung durch den in verschiedenen Sektoren ablaufenden Prozess der Bilanzanpassungen gedämpft wird.

Nach Auffassung des EZB-Rats sind die Risiken für diesen Wirtschaftsausblick weiter leicht nach unten gerichtet, wobei nach wie vor erhöhte Unsicherheit herrscht. Einerseits könnte der Welthandel weiterhin schneller wachsen als erwartet und somit die Ausfuhren des Euroraums stützen. Überdies könnte sich das hohe Unternehmervertrauen förderlicher auf die Binnenkonjunktur im Eurogebiet auswirken als derzeit angenommen. Andererseits erwachsen Abwärtsrisiken aus den Spannungen in einigen Segmenten des Finanzmarkts und ihrem möglichen Übergreifen auf die Realwirtschaft im Eurogebiet. Weitere Abwärtsrisiken ergeben sich aus erneuten Preissteigerungen bei Öl und sonstigen Rohstoffen, Protektionismusbestrebungen sowie der Möglichkeit einer ungeordneten Korrektur globaler Ungleichgewichte.

Was die Preisentwicklung anbelangt, so lag die jährliche am HVPI gemessene Inflationsrate des Eurogebiets der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Januar 2011 bei 2,4 %, nachdem sie im Vormonat 2,2 % betragen hatte. Dieser erneute Anstieg war weitgehend erwartet worden und ist vornehmlich eine Folge der Energieverteuerung. Mit Blick auf die kommenden Monate könnten die Inflationsraten vorübergehend weiter steigen und im Jahresverlauf 2011 zumeist bei knapp über 2 % liegen, sich gegen Jahresende aber wieder abschwächen. Insgesamt sehen wir nach wie vor Belege für einen kurzfristigen Aufwärtsdruck auf die Gesamtinflation, der zum Großteil auf die Preisentwicklung bei Energie und Rohstoffen zurückzuführen ist. Dieser Preisdruck ist auch in den frühen Phasen des Produktionsprozesses erkennbar. Unsere Einschätzung, dass sich die Preise über

die geldpolitisch relevante Frist weiterhin im Einklang mit Preisstabilität entwickeln werden, bleibt davon bislang unberührt. Zugleich ist jedoch eine sehr genaue Beobachtung der Preisentwicklung geboten. Die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen sind nach wie vor fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten.

Die Risiken in Bezug auf die mittelfristigen Aussichten für die Preisentwicklung sind nach wie vor weitgehend ausgewogen, könnten sich aber, wie im Januar bereits erwähnt, nach oben verlagern. Aufwärtsrisiken bestehen zurzeit insbesondere im Zusammenhang mit der Entwicklung der Preise für Energie und für Rohstoffe ohne Energie. Zudem könnten indirekte Steuern und administrierte Preise aufgrund der in den kommenden Jahren erforderlichen Haushaltskonsolidierung stärker erhöht werden als derzeit angenommen, und der Preisdruck in der Produktionskette könnte weiter zunehmen. Angesichts der herrschenden Unsicherheiten beziehen sich die Abwärtsrisiken in erster Linie auf die Folgen, die sich für die Inflation aus einem möglicherweise geringeren Wachstum ergeben.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so sank die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Dezember 2010 auf 1,7 %, verglichen mit 2,1 % im November. Die jährliche Wachstumsrate der Buchkreditvergabe an den privaten Sektor ging im Dezember ebenfalls zurück – wenn auch nur geringfügig –, und zwar auf 1,9 % gegenüber 2,0 % im Vormonat. Diese Rückgänge sind zum Teil auf die Umkehr der im November wirkenden Sonderfaktoren zurückzuführen und deuten nicht auf eine allgemeine Abschwächung der monetären Dynamik hin. Das Wachstum der weit gefassten Geldmenge und der Kreditvergabe ist insgesamt jedoch nach wie vor gering, was die Einschätzung stützt, dass die Grunddynamik der monetären Expansion moderat ist und der Inflationsdruck auf mittlere bis lange Sicht begrenzt bleiben dürfte.

Was die M3-Komponenten anbelangt, so schwächte sich die Jahreswachstumsrate von M1 weiter ab und lag im Dezember 2010 bei 4,4 %, was auf die niedrige Verzinsung täglich fälliger Einlagen zurückzuführen ist. Zugleich hat die Zinsstrukturkurve einen geringfügig steileren Verlauf angenommen, was darauf hindeutet, dass die in M3 enthaltenen kurzfristigen Instrumente im Vergleich zu den höher verzinsten längerfristigen Anlagen außerhalb von M3 weiter an Attraktivität verloren haben.

Was die Gegenposten der Geldmenge M3 betrifft, so verbirgt sich hinter dem Jahreswachstum der Bankkredite an den privaten Sektor weiterhin ein unterschiedlich starkes Wachstum in den einzel-

nen Teilsektoren. Bei den Krediten an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften belief sich die jährliche Zuwachsrate im Dezember auf -0,2 % nach -0,1 % im Vormonat, während sie sich bei den Krediten an private Haushalte im selben Zeitraum von 2,8 % auf 3,0 % erhöhte. Lässt man die Auswirkungen der Ausgliederung von Krediten aus den Bankbilanzen sowie die kurzfristige Volatilität außer Acht, bestätigen die jüngsten Daten eine anhaltende allmähliche Stärkung des jährlichen Wachstums der Kreditvergabe an den nichtfinanziellen privaten Sektor.

Gleichzeitig deuten die jüngsten verfügbaren Angaben auf einen erneuten Rückgang der Bilanzsummen der Banken hin, nachdem über weite Strecken des Jahres 2010 Bilanzausweitungen verzeichnet wurden; diese Entwicklung dürfte in erster Linie mit einer Rückführung der Interbankkredite zusammenhängen. Angesichts einer steigenden Nachfrage ist es wichtig, dass die Banken ihre Kreditgewährung an den privaten Sektor weiter ausdehnen. Um sich dieser Herausforderung zu stellen, ist es von wesentlicher Bedeutung, dass die Banken gegebenenfalls Gewinne einbehalten, zur weiteren Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis auf den Markt zurückgreifen oder die staatlichen Hilfsmaßnahmen zur Rekapitalisierung voll ausschöpfen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die derzeitigen Leitzinsen der EZB immer noch angemessen sind. Wir haben daher beschlossen, sie unverändert zu belassen. Unter Berücksichtigung aller neuen Informationen und Analysen, die seit unserer Sitzung vom 13. Januar 2011 verfügbar geworden sind, sehen wir nach wie vor Belege für einen kurzfristigen Aufwärtsdruck auf die Gesamtinflation, der in erster Linie auf die Energie- und Rohstoffpreise zurückzuführen ist. Unsere Einschätzung, dass sich die Preise über die geldpolitisch relevante Frist weiterhin im Einklang mit Preisstabilität entwickeln werden, bleibt hiervon bislang unberührt. Gleichwohl ist eine sehr genaue Beobachtung der Entwicklung geboten. Die jüngsten Wirtschaftsdaten bestätigen, dass die konjunkturelle Grunddynamik positiv ist, wenngleich weiterhin erhöhte Unsicherheit besteht. Die **Gegenprüfung** der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Ergebnisse der monetären Analyse deutet darauf hin, dass der Inflationsdruck mittel- bis langfristig begrenzt bleiben dürfte. Die Inflationserwartungen sind nach wie vor fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Die nach wie vor feste Verankerung der Inflationserwartungen ist von zentraler Bedeutung.

Was die **Finanzpolitik** anbelangt, so kommt es jetzt darauf an, dass alle Regierungen im Jahr 2011 ihre Pläne zur Haushaltskonsolidierung vollständig umsetzen. Soweit erforderlich, sind zusätzliche Korrekturmaßnahmen zügig durchzuführen, um Fortschritte bei der Tragfähigkeit der öffentlichen

Finanzen erzielen zu können. Über 2011 hinaus müssen die Länder konkrete politische Maßnahmen in ihren mehrjährigen Anpassungsprogrammen benennen, um so die Glaubwürdigkeit ihrer haushaltspolitischen Konsolidierungsziele zu untermauern. Wie die Erfahrung zeigt, sind Ausgabenkürzungen ein wichtiger Schritt zur Erreichung und Beibehaltung einer stabilen Haushaltslage, vor allem dann, wenn sie in bindenden innenpolitischen Vorschriften verankert sind. Eine solche Verpflichtung trägt dazu bei, das Vertrauen in die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu stärken, reduziert die in den Zinssätzen enthaltenen Risikoprämien und verbessert die Voraussetzungen für ein solides und nachhaltiges Wachstum. Angesichts der weiterhin angespannten Lage an den Finanzmärkten ist es unerlässlich, eine glaubwürdige Politik zu betreiben.

Als Ergänzung zur fiskalpolitischen Anpassung sollten dringend substanzielle und weitreichende **Strukturreformen** umgesetzt werden, um die Aussichten für ein höheres nachhaltiges Wachstum und für die Beschäftigung zu verbessern. Umfangreiche Reformen sind insbesondere in jenen Ländern erforderlich, die in der Vergangenheit Wettbewerbsverluste hinnehmen mussten oder zurzeit von hohen Haushalts- und Außenhandelsdefiziten betroffen sind. Ein stärkerer Wettbewerb an den Gütermärkten und eine größere Flexibilität der Arbeitsmärkte würden die erforderlichen Anpassungsprozesse in der Wirtschaft weiter fördern. All diese Strukturreformen sollten durch notwendige Verbesserungen der Struktur des Bankensektors unterstützt werden. Gesunde Bilanzen, ein wirksames Risikomanagement und transparente, robuste Geschäftsmodelle bleiben von entscheidender Bedeutung, wenn es um die Stärkung der Schockresistenz der Banken sowie die Gewährleistung eines adäquaten Zugangs zu Finanzierungsmitteln und somit um die Schaffung der Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Finanzstabilität geht.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

**Europäische Zentralbank**
Direktion Kommunikation
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-8304 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: www.ecb.europa.eu
**Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.**

Übersetzung: Deutsche Bundesbank